

Arbeiter
Angestellte
BeamteArbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Berliner Einkommensrunde 2008: Tarifverhandlungen erst einmal gescheitert

In den Tarifverhandlungsrunden mit dem Senat von Berlin – zuletzt am 14. Juli 2008 – für die über 40.000 Tarifbeschäftigten des Landes Berlin konnten keine Fortschritte erzielt werden. Innensenator Ehrhart Körting machte zuletzt das Angebot, im Rahmen einer Gesamteinigung im Jahr 2008 eine Einmalzahlung von 300 Euro zu zahlen und den bereits von ihm angebotenen Sockelbetrag von 50 Euro monatlich von Juli 2009 auf April 2009 vorzuziehen. Das war jedoch noch immer zu weit von den Forderungen der dbb tarifunion entfernt. Die Verhandlungskommission der dbb tarifunion hatte am 14. Juli 2008 die Tarifverhandlungen aufgenommen, um am Verhandlungstisch ein Ergebnis zu erzielen. Die dbb-tarifunion wollte eine tarifpolitische Lösung finden, die sich auf die aktuelle Einkommenssituation auswirken sollte. Die dbb-tarifunion hätte einen Tag, zwei oder drei Tage verhandelt.

Ohne Absprache mit der dbb tarifunion hat die Tarifgemeinschaft des DGB die Tarifverhandlungen allerdings wenige Minuten nach Verhandlungsbeginn für gescheitert erklärt. Die bekannten Folgerungen aus dem Scheitern der Tarifverhandlungen hat der Senat bereits am 15. Juli einseitig gezogen. Jetzt kommt es darauf an, dass sich alle Tarifvertragsparteien wieder an den Zweck der Tarifautonomie erinnern, der uns alle verpflichtet.

Das letzte Angebot des Senats im Rahmen einer Gesamteinigung im Einzelnen:

- Einmalzahlung von 300 Euro für das Jahr 2008 (Azubis 100 Euro)
- Tabellenwirksamer Sockelbetrag von 50 Euro monatlich ab 1. April 2009 (Azubis 20 Euro)
- Erhöhung der Zahl der zu übernehmenden Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
- Niederschriftserklärung zum Eintritt in Tarifverhandlungen zur Übernahme des TV-L (Tarifrecht der Länder) ohne Übernahme der dortigen Entgeltregelungen in der zweiten Jahreshälfte 2009

„Wir bedauern zutiefst, dass sich der Senat nicht in der Lage sah, insbesondere die Einmalzahlung für 2008 materiell zu verbessern“, erklärte Willi Russ, 2. Vorsitzender und Verhandlungsführer der dbb tarifunion nach den Tarifverhandlungen. „Wir hoffen, dass der Senat die Sommerpause nutzt, um sein Angebot zu verbessern um

danach wieder in Gespräche einzutreten“, so Russ weiter. Der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, zeigte sich enttäuscht über das vorläufige Ende der Verhandlungen: „Letztlich sind die Verhandlungen an der Frage der Einmalzahlung gescheitert.“

Da dieses Angebot noch zu weit von den Forderungen der dbb tarifunion entfernt liegt, sind die Tarifverhandlungen erst einmal gescheitert.

INHALTSVERZEICHNIS

Berliner Einkommensrunde 2008: Tarifverhandlungen erst einmal gescheitert	9
Impressum	10
Berliner Einkommensrunde 2008: Senatsbeschluss Nr. S-1401/2008 vom 15. Juli 2008 - TO-Punkt 14	10
Einkommensrunde Berlin: Pressemitteilung aus dem Senat und der Senatskanzlei Aus der Sitzung des Senats am 26. August 2008	10
Kommentar Streik geht uns alle an?!	11
Berliner Einkommensrunde 2008: Kolleginnen und Kollegen des Finanzamtes Charlottenburg legten Arbeit nieder	12
DSTG-Service: Amtsärztliche Untersuchung	16

Einkommensrunde Berlin: Senatsbeschluss Nr. S-1401/2008 vom 15.07. 2008/ Aus der Sitzung des Senats am 26. August 2008

Der Senat von Berlin
Reg. Bürgermeister – Senatskanzlei
G Sen 1 - 240

15. Juli 2008

Senatsbeschluss Nr. S-1401/2008

vom 15. Juli 2008 – TO-Punkt 14

Folgerungen aus dem Scheitern der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienstag

Nach eingehender Aussprache über mögliche Konsequenzen aus den von Gewerkschaftsseite für gescheitert erklärter Tarifverhandlungen, über die Verantwortung des Senats für die Beschäftigten aller Statusgruppen und über die finanzpolitischen Gegebenheiten beschließt der Senat nach Abstimmung einstimmig.

- I. A 1. Arbeiter und Angestellte sollen im Oktober 2008 und im Oktober 2009 jeweils eine einmaligen übertarifliche Zahlung in Höhe von 300 € erhalten.
 2. Die Sonderzuwendung für aktive Beamte soll ab 2008 um 300 € erhöht werden; die Erhöhung für Versorgungsempfänger soll 150 € betragen.
 3. Auszubildende sollen unabhängig von ihrem Status in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 100 € zusätzlich erhalten.
 4. Der Senator für Inneres und Sport wird gebeten, dem Senat den Entwurf für eine Änderung des Sonderzuwendungsgesetzes vorzulegen und die übertariflichen Zahlungen vorzubereiten.
 - B. Der Regierende Bürgermeister stellt für den Senat fest, dass aufgrund der einseitig vorgenommenen Zahlungen an die Beschäftigten für weitere Tarifverhandlungen mit dem Ziele einer Vergütungserhöhung bis zum Auslaufen des Solidarpaktes keine Grundlage besteht.
- II. Eine Vorlage an das Abgeordnetenhaus ist gegenwärtig nicht erforderlich.
- III. Der Beschluss ist von der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zu bearbeiten.

Hiermit wird bekundet, dass dieser Beschluss in der 77. Sitzung des Senats gefasst wurde.

Der Schriftführer

Pressemitteilung aus dem Senat und der Senatskanzlei

Aus der Sitzung des Senats am 26. August 2008:

Der Senat erhöht für die Jahre 2008 bis 2009 die jährliche Sonderzahlung für aktive Beamtinnen und Beamte sowie aktive Richterinnen und Richter von derzeit 640 € auf jeweils 940 €; für Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst von derzeit 200 € auf jeweils 300 € und für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger von derzeit 320 € auf jeweils 470 €. Auf Vorlage des Senators für Inneres und Sport, Dr. Ehrhart Körting, hat der Senat dazu den Gesetzentwurf über das Erste Gesetz zur Änderung des Sonderzahlungsgesetzes zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wird beim Abgeordnetenhaus eingebracht und dem Rat der Bürgermeister zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Die letzte Anpassung der Beamtenbesoldung bzw. -versorgung erfolgte im Jahr 2004. Seither nahmen die Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger an der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht mehr teil. Im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage wurde die Besoldungsanpassung des Bundes (ab 1.1.2008: Erhöhung um einen einheitlichen Sockelbetrag von 50 €, gleichzeitige lineare Erhöhung um 3,1 v. H., ab 1.1.2009: lineare Erhöhung um 2,4 v. H.) nicht übernommen.

Durch die Anhebung der Sonderzahlungen ergeben sich in den Jahren 2008 und 2009 jeweils Mehrausgaben in Höhe von 28,4 Mio. €. Seit dem Jahr 2003 hat der Senat durch die Streichung des Urlaubsgeldes und die Senkung der Sonderzahlung eine Entlastung des Berliner Landeshaushalts in Höhe von jährlich rund 220 Mio. € erreicht.

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb beamtenbund und tarifunion

Herausgeber: Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo: 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do: 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Köchlin

Redaktion: Carola-Maria Collé, Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Frank Schröder
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Ansicht der Redaktion überein.
Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.
© 2009 Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung mit Quellenangabe.

Fotos: DSTG Berlin Archiv, DSTG-Bundesleitung

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke

Kontoverbindung: Commerzbank AG Berlin, BLZ 100 400 00, Konto-Nr. 03 88 200 800

Gestaltung/Layout: Jürgen Köchlin

Druck: DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askanierring 155-156, 13585 Berlin (Spandau)
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout: Karsten Köchlin

Auflage: 8.100 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung 56. Jahrgang Ausgabe Nr. 3/2008

Streik geht uns alle an?!

In der Vergangenheit war für die Beschäftigten in den Finanzämtern der Gedanke an „Streik“ immer etwas exotisches. Etwas, was weit weg von der persönlichen Arbeitsrealität, aber in der privaten Erlebniswelt über BVG und BSR doch trotzdem sehr nah war.

Nun, in diesem Jahr war und ist alles anders. Auch die Tarifangehörigen der DSTG in den Finanzämtern haben sich diesmal nicht nur an einer Urabstimmung beteiligt, sondern waren auch zu realen Streiks und zwar in den Finanzämtern aufgerufen.

Anfänglich nur im Finanzamt Charlottenburg, später in allen Finanzämtern mit den Schlusskundgebungen vor dem Roten Rathaus oder vor der Spielbank.

Die Zahl der Streikenden nahm von mal zu mal zu. Fazit: Streik will geübt sein bzw. Nichtmitglieder erkannten nun wie hilfreich der Zusammenschluss in einer Gewerkschaft wie der DSTG ist, die Arbeitskampfmaßnahmen auch in den Finanzämtern und in der Spielbank aktiv initiiert und ... sie erklärten ihre Mitgliedschaft.

Aber auch die Beamten sollten sich – obwohl sie wie wir alle wissen nicht streiken dürfen – an den Aktionen der Tarifangehörigen beteiligen. Die Inanspruchnahme von Gleizeit oder Urlaub ermöglicht legal die Anwesenheit bei Kundgebungen etc. auch von Beamten. Das wäre nicht nur ein Zeichen gelebter Solidarität, sondern auch die Möglichkeit die eigene Ohnmacht gegenüber dem Dienstherrn abbauen zu können. Die Beamten helfen dabei nicht nur den Arbeitnehmern bei der Erhöhung ihrer Gehälter, sondern sich selbst im Kampf um die Anhebung der eigenen Besoldung.

Es muss jedem Beamten noch einmal eine Aussage des Innensenators verdeutlicht werden: Die Tariferhöhungen werden auf die Beamtenbesoldung übertragen.

Jetzt muss jedem klar sein, dass er sich beteiligen muss. In der DSTG, indem er Mitglied wird und beim Streik, weil er etwas erreichen will.

Ein jeder muss die Eigenverantwortung in sich spüren:

Streik geht uns alle an!

Kommentar



Bernd Raue

stv. DSTG-Landesvorsitzender

Berliner Einkommensrunde 2008: Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts Charlottenburg legten Arbeit nieder

Die dbb tarifunion und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hatten zum Streik am 15. Mai 2008 bei den Berliner Finanzbehörden aufgerufen.

Angestellte des Finanzamts Charlottenburg folgten dem Aufruf und schlossen sich dem Arbeitskampf im öffentlichen Dienst in Berlin an. Im FA Charlottenburg in der Bismarckstraße befindet sich die Zentralkasse des Landes Berlin (ZZFÄ). Anlass für den Protest war die Totalblockade



Berliner Einkommensrunde 2008: Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts Charlottenburg legten Arbeit nieder

>>> Fortsetzung von Seite 12:

des Berliner Senats in den Verhandlungen über drei Einmalzahlungen von je 300 Euro und eine lineare Anhebung der Einkommen ab 1. Januar 2008 um 2,9 Prozent. Die Beschäftigten des Landes Berlin müssen seit 1999 fast 20 Prozent Reallohnverlust hinnehmen. dbb tarifunion und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft fordern die Übertragung der Abschlüsse von TV-L und TVöD für die Berliner Beschäftigten.



Berliner Einkommensrunde 2008: Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts Charlottenburg legten Arbeit nieder

>>> Fortsetzung von Seite 13:

Durch die gemeinsame Aktion der Deutschen Steuergewerkschaft (DSTG) und der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) unter dem Dach der dbb tarifunion wurde dem Senat spürbar klargemacht, wer die Einnahmen für diese Stadt erzielt und verwaltet. Für diesen zentralen Streiktag flossen damit keine Steuergelder in die Berliner Landeskasse, zusätzlich ergeben sich Einnahmeaus-



Anzeige

„psd...weiterragen!“
Bestes Gehaltskonto!

Die gute Zusammenarbeit von öffentlichem Dienst und PSD Bank Berlin-Brandenburg eG hat sich bewährt. Unsere günstigen Produkte und der gute Service zahlen sich für Sie aus – und das in barer Münze, wie die Stiftung Warentest in einer aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift FINANZtest feststellt. Lesen Sie selbst.

Auszug aus FINANZtest 7/2005: „Unser Rat“

„Kostenlos. Das beste Gehaltskonto im Test ist das Giro Direkt der PSD Bank Berlin-Brandenburg eG. Das Konto mit ec- und Kreditkarte ist ohne Bedingungen kostenlos. Es kann über die Bankfiliale oder online geführt werden. Die Bank verzinst Guthaben und verlangt nur geringe Dispozinsen. Bekommen können Sie das Konto, wenn Sie in Berlin oder Brandenburg wohnen oder beim Bundesgrenzschutz oder Zoll arbeiten.“

PSD GiroDirekt – das Giro, das mitverdient

- Kostenlose Kontoführung
- Kostenlose BankCard und Kreditkarte
- Kostenlose Bargeldverfügung an über 18.200 Geldautomaten der genossenschaftlichen Bankengruppe
- Gestaffelte Guthabenzinsen ab dem ersten Cent
- Günstiger PSD DispoKredit zzt. 8,20 % p.a.

Stand: 01.01.2008

Weiterragen: www.psd-berlin-brandenburg.de oder **01803 / 850 820**

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Berliner Einkommensrunde 2008: Kolleginnen und Kollegen des Finanzamts Charlottenburg legten Arbeit nieder

>>> Fortsetzung von Seite 14:

fälle bei den Berliner Ordnungsämtern. An der Aktion vor dem Finanzamt Charlottenburg hatten sich 250 Kollegen/-innen aus der Steuer- und Polizeiverwaltung sowie den Ordnungsämtern beteiligt. Detlef Dames, Landesvorsitzender der DSTG: „Es ist erbärmlich, die Politiker erhöhen sich die Diäten und wir sollen welche machen! Wir wollen an der bundesweiten Einkommensentwicklung teilhaben!“



DSTG-Mitgliederleistungen . . .

Beispiel

Serviceleistungen der DSTG

„Amtsärztliche Untersuchung“

DSTG-Mitglieder, die von der Dienststelle wegen längerer Erkrankung eine Vorladung zur amtsärztlichen Untersuchung erhalten, können sich beim DSTG-Landesverband Berlin über den Ablauf und die Durchführung der ärztlichen Untersuchung informieren. Beratungstermine für Mitglieder werden unter der Telefonnummer 21473040 vergeben.

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG- die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausgefüllt bitte an die DSTG-Berlin senden:

**Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32**

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied und erkläre meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - LV Berlin - mit Wirkung vom 2008.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Telefon dienstl.:

Besoldungsgruppe: A Vergütungsgruppe: BAT/-O teilzeitbeschäftigt: % seit:

Steueranwärter/in seit: Finanzanwärter/in seit:

Hiermit ermächtige ich - jederzeit widerruflich - die Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin - die satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zum 15.02., 15.05. 15.08. und 15.11 jedes Jahres zu Lasten meines Kontos bei(m)

Bankleitzahl: Kontonummer:

einziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht keine Verpflichtung zur Einlösung. Dadurch verursachte Mehrkosten gehen zu meinen Lasten. Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit der obigen Angaben.

....., den

(Unterschrift)